

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large red arrow graphic pointing upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.

Zentralbank als Täter heuchelt Opferhilfe: Notenbankchef sorgt sich um Selbstmörder

Eine hoch interessante aktuelle Meldung: „Angst vor steigendem Zins: Australiens Notenbankchef Philip Lowe sorgt sich um Selbstmörder und will Selbsthilfegruppe für Suizidgefährdete besuchen“... Höhere Zinsbelastungen können Schuldner in den Selbstmord treiben – das ist tausendfach belegt.

Seit spätestens 2008 sollte die Welt gelernt haben, dass ZU NIEDRIGE LEITZINSEN erst die VORAUSSETZUNG dafür schaffen, dass es „subprime“-Kredite und 110%-Hypothesen an nicht kreditfähige Kunden überhaupt geben kann. Doch die Banken WOLLTEN genau dieses Geschäft, da nur die stetige Aufschuldung das ungedeckte Falschgeldsystem am Leben erhält. Die Immobilienkredite waren dabei ein zentraler Baustein. 2006/7 in den USA ebenso wie in den letzten Jahren der Nahe-Null-Immobilienkreditzins. Man hat genau NICHTS aus der letzten Immobilienkrise gelernt!

Die allermeisten Schulden sind heute Konsumentenkredite – und damit verzogener Privatkonsum. Jahrhundertlang ging einer großen Privatausgabe zwingend ein Ansparen voran. Erst das Zeitalter des Papiergelds hat es möglich gemacht, Konsumschulden an unsichere Schuldner auszureichen.

Roland Baader dazu: „Wir werden nachhungern müssen, was wir vorausgefressen haben.“ Manche erkennen das nun auf dem sehr harten Weg unbezahlbarer Zinsrechnungen – und ziehen den Selbstmord vor.

Rationales Handeln auf Basis einer Ursachendebatte wäre auch Aufgabe der POLITIK, die aber in Deutschland mit Ausnahme der AfD keine tabufrei-ehrliche Aufklärungsarbeit mehr macht. Warum? Die keynesianische Bestechung der Politik mit uferlos druckbaren Mitteln macht das Regieren einfach. Dies begründet die unheilvolle Symbiose der Notenbanken mit Rot über Grün und Gelb bis Schwarz.

Die Zeche wird auch diesmal wieder die Gesellschaft bezahlen. Dabei spielt es keine Rolle, ob dem Währungskollaps noch eine deflatorische oder hyperinflationäre Phase vorausgeht. Beides führt zur Geldvernichtung und zum gesellschaftlichen Suizid – ursächlich herbeigeführt durch Papiergeld-Betrüger – also auch durch die Philip Lowes' der Welt von denen es bei den Zentralbanken Hunderte und in der Politik Zehntausende Mittäter gibt, vgl. FAZ: „Angst vor steigendem Zins: Australiens Notenbankchef Philip Lowe sorgt sich um Selbstmörder und will Selbsthilfegruppe für Suizidgefährdete besuchen“. Diese „Selbst“-Morde wären vermeidbar.

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

 <https://t.me/pboehringer>

 peter.boehringer@bundestag.de

 www.pboehringer.de

 [/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

 [/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

 [/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

Abrechnung mit den etablierten Kriegstreibern im Bundestag

„Wir sind im Krieg gegen Russland!“, sagte die deutsche Außenministerin jüngst im Europarat. Nur wenige Tage danach gab der deutsche Kanzler die Lieferung von deutschen Panzern in die Ukraine bekannt. Das sind nur die vorläufigen Höhepunkte einer sich weiterdrehenden Spirale. Wo ist das Ende, wann kämpfen Deutsche wieder gegen Russen?

In diesen aufgewühlten Tagen habe ich als Außenpolitischer Sprecher mehrfach die Stimme für den Frieden und für die Vernunft erhoben, zuletzt am 2. März 2023 in meiner Rede im Bundestag. Die Vertreter der etablierten Parteien tragen gern in jeder Diskussion, so auch in der Russland-Ukraine-Frage, ein Rechts-Links-Denken vor sich her. Ich betonte, dass dies längst überholt ist. Den Menschen, die für Frieden demonstrieren, ist es egal, ob Linke oder AfD dazu aufrufen. Sie wollen keinen Krieg und sie wollen auch nicht, dass mit ihrem Steuergeld Waffen in die Ukraine geliefert werden.

Was wir haben, ist eine horizontale Teilung des politischen Spektrums. Das sind die Menschen ‚da unten‘ und die globalen Eliten ‚da oben‘. Ich habe die Vertreter von SPD, Grüne, FDP gefragt: „Haben Sie mal darüber nachgedacht, warum wir hier immer auf Antrag der Opposition diskutieren, warum sich

Deutschland nicht an diesem Krieg beteiligen soll, warum wir keine Waffen liefern und stattdessen Frieden schaffen sollen?“ Meine Antwort: Weil die Bundesregierung aus Parteien besteht, die ihre Wahlversprechen gebrochen haben, die lieber Krieg führen, als Frieden zu schaffen, und weil sie die Grundsätze der Außenpolitik der Nachkriegszeit über Bord geworfen haben.

Die Menschen demonstrieren zu Zigttausenden für den Frieden, gegen den Krieg. Und die deutsche Regierung liefert Waffen und diffamiert die Demonstranten. Sie diffamieren die Menschen dafür, dass sie für den Frieden demonstrieren. Die Ampelkoalition kauft Waffen für die Ukraine aus Steuergeldern von Menschen, die das nicht wollen. Warum richtet sie nicht einen Freiwilligenfonds „Slawa Ukrajini“ ein und lässt alle einzahlen, die diesen Krieg unterstützen wollen? Das würde nicht funktionieren, denn die Mehrheit der Menschen ist gegen diesen Krieg. Wir alle, die für den Frieden eintreten, müssen uns auch noch als „Agenten Moskaus“ beschimpfen lassen von Leuten, die von den US-Amerikanern gesteuert, bezahlt und überwacht werden.

Liebe Freunde, dagegen wenden wir uns von der AfD! Ich persönlich setze mich weiter für Sie ein, für ein Leben in Frieden und Freiheit!

Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



petr.bystron@bundestag.de



www.petrbystron.de



[/bystronpetr](https://www.facebook.com/bystronpetr)

Ungeziefer auf unseren Tellern

Seit nunmehr fast zwei Monaten gilt in der EU und somit auch in Deutschland eine neue Durchführungsverordnung: den Nahrungsmittelproduzenten ist es nun gestattet, in zahlreichen Lebensmitteln Insekten unterzumischen.

Mehlwürmer, Wanderheuschrecken, Hausgrillen und Larven des Getreideschimmelkäfers können jetzt in gefrorener, getrockneter und pulverisierter Form verwendet werden. Typisch EU, typisch Brüssel: wieder einmal ist das ohne Beteiligung der Öffentlichkeit passiert, wir wurden damit einfach überrollt. Ungeziefer hat in wertvollen Lebensmitteln nichts zu suchen! Selbstverständlich steht es Jedem frei, diese Produkte mit Schädlingspulver zu essen. Doch diese Wahlfreiheit kann nur unter der Prämisse stehen, dass die Käufer auch wissen, was da jeweils drin ist. Der Einkauf im Supermarkt wird zur Detektivarbeit. Wir fordern eine klare Kennzeichnung gut ersichtlich vorn auf der Verpackung mit dem Hinweis auf Allergenen! Das ist das Mindeste, was wir als Verbraucherschutz leisten müssen.

Warum empfinden denn viele Menschen in unserem Kulturkreis einen instinktiven Ekel, wenn es um Würmer und Schaben im Essen geht? Weil das komplette Insekt – inklusive Magen-

Darm-Trakt – verarbeitet, pulverisiert und beigemischt wird.

Bis zu 10% an Schädlingspulver kann unseren Lebensmitteln beigemischt werden: in Mehrkornbrot, in Getreideriegeln, in Keksen, Snacks, Pizzen, Suppen und Suppenkonzentraten, Schokoladenerzeugnissen, bierähnlichen Getränken, Molkepulvern und vieles mehr.

Die massenhafte Insektenzucht wird uns als Klimaschutz verkauft.

Wie kann es sein, dass unsere sogenannten „Eliten“ aus Brüssel und aus Davos sich mit Champagner und Rindersteaks vollstopfen, in Davos wochenlang vor dem Event die Escort-Agenturen ausgebucht waren – aber uns vorschreiben wollen, welche Autos wir fahren dürfen und dass wir Ungeziefer essen sollen? Zudem benötigt man für die Insektenzucht geschlossene Anlagen bei tropischen Temperaturen. Der enorme Energiebedarf ist natürlich in den Klimabilanzen nicht enthalten (ist bei uns nur mit billigem Gas möglich!)

Wir wollen frische regionale Lebensmittel von unseren heimischen Bauern. Die Verwendung von Insekten in Nahrungsmitteln muss transparent gestaltet werden, um für Jedermann eine eigenverantwortliche und angemessene Kaufentscheidung zu ermöglichen.

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

 peter.felser@bundestag.de

 @PeterFelser

 /peterfelserafd

 www.peterfelser.de

Fachkräftestrategie der Bundesregierung - ein Angriff auf unseren Wohlstand

Die Bundesregierung scheint keine Lösung für den chronischen Fachkräftemangel in Deutschland zu haben. Statt die Förderung und Ausbildung von tatsächlichen Fachkräften zu priorisieren, fördert sie unqualifizierte Masseneinwanderung. Von den 13 Millionen Menschen, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, war nur jeder Zehnte ein Arbeitsmigrant. Dies bedeutet, dass die bis 2022 hauptsächlich jungen Männer nicht wie oft behauptet unseren Arbeitsmarkt bereichern. Selbst für eine einfache Tätigkeit im Supermarkt oder in der Gastronomie stehen sie nicht zur Verfügung. Sie bedienen sich überwiegend an unserem Wohlstand und bauen ihn somit sukzessive ab.

Die Produktivität in Deutschland stagniert auch aufgrund von explodierenden Energiekosten, der höchsten Steuer- und Abgabelast der Welt, wuchernder Bürokratie, maroder Infrastruktur, schlechter Schulbildung und abnehmenden Aufstiegschancen. Das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und den Sozialstaat sinkt. Laut Umfragen befürchten die Mehrheit der Deutschen eine düstere Zukunft. Eine ZEW-Studie bestätigt diese Befürchtung. Sie zeigt, dass Deutschland als Industriestandort auf den 18. Rang zurückgefallen ist.

Dies habe ich im Bundestag in meiner Rede stark kritisiert:

https://www.youtube.com/watch?v=v4_A29DCFU0

Es ist an der Zeit, dass die Regierung sich endlich zukunftsorientierten Lösungen zuwendet und den Unternehmen wieder ermöglicht die Arbeitsproduktivität ihrer Mitarbeiter zu erhöhen. Für neue Ideen zu praxisnahen Lösungen stehen interessierten und diskussionsfreudigen Bürgern ab sofort auch Ansprechpartner in meinem Weilheimer Bürgerbüro zum konstruktiven Austausch zur Verfügung. https://www.youtube.com/watch?v=u6R_OroGij8



Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Familienausschuss
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Durchsetzung der sozial-ökologischen Transformation durch die Kirchen

Die Frage wie man die Gesellschaft dazu bringt die enormen Veränderungen, vor allem im sozialen Bereich zu akzeptieren, die mit dem Einzug der grünen Agenda das Leben der Menschen zum Teil drastisch verändern wird hat den parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, dem ich als AfD Vertreter angehöre, schon öfters beschäftigt.

In der Regel dreht es sich dann immer um die Menge an Transferleistungen die umverteilt werden soll um all diejenigen noch zu versorgen, denen man den Arbeitsplatz per Federstrich vernichtet hat, das Geschäftsmodell zerstört hat oder dessen produktive Tätigkeit nicht mehr dem woken Zeitgeist entspricht und deswegen beendet werden muss.

In dieses Thema ist nun auch die katholische Kirche eingestiegen und hat durch Herrn Prof. Wallacher, Vorsitzender der Sachverständigengruppe ‚Weltwirtschaft und Sozialethik‘ der Deutschen Bischofskonferenz ein dort erarbeitetes Papier, ‚Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann‘, vorgestellt und dann auch im Beirat präsentiert.

Die Studie setzt dabei auf die sozialen Ansätze der allgemeinen Bedürfnisbefriedigung, faire Chance und gerechte Verfahren. Dieser soziale Ausgleich

führt natürlich einige zu Problemen. Zum einen ist ‚Bedürfnisbefriedigung‘ ein interpretierbarer Begriff. Die Vorstellungen der Menschen wann ihre Bedürfnisse ausreichend befriedigt sind und was und wie viel sie zum Leben brauchen gehen schon innerhalb der Länder auseinander, geschweige denn im Vergleich zwischen Ländern in Afrika und z.B. Europa. Müsste also jemand festlegen was für einen Menschen genug ist, die Studie bringt an dieser Stelle auch die verfassungsbedenklichen Bürgerräte ins Spiel. Entscheidend aber ist das Stichwort ‚Suffizienz‘, das die Studie vertritt. Jeder soll mit dem Minimum seiner Bedürfnisbefriedigung existieren. Das dieses Minimum zwischen den Kontinenten unterschiedlich aussieht und man auch argumentieren kann dass ein Großteil der Menschen in Afrika diese Suffizienz bereits leben und das dies nicht erstrebenswert ist wird nicht thematisiert.

Neben anderen kritischen Punkten ist dies also die Kernaussage der Studie. Die Welt bewegt sich zivilisatorisch zurück auf die Stufe der Suffizienzwirtschaft mit ihren Nöten und Mängeln. Die Lebenserwartung wird dann sinken, die Kindersterblichkeit steigen aber alle (die mitmachen) können sich dann zufrieden zurücklehnen und sagen; „Ja, wir haben uns gerettet!“



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 /RainerKraftAfD

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /dr.rainer.kraft

Bundeswehr ohne Munition

3,5 Milliarden Euro für Munitionsbeschaffung hat die Bundesregierung vor kurzem beim Treffen der EU-Verteidigungsminister in Stockholm großzügig abgenickt, aber nicht für die Bundeswehr, sondern für die **Ukraine!**

Und das, obwohl die massiven Fehlbestände und leeren Munitionsdepots der Bundeswehr schon seit Jahren bekannt sind. Teilweise steht Munition für bestimmte Waffensysteme nur für wenige Tage oder auch nur Stunden zur Verfügung. **Deutschland ist damit nicht verteidigungsfähig**, wie ja auch der neue Verteidigungsminister Pistorius offen zugibt!

Zum Auffüllen der Munitionsbestände wären mindestens 25 Milliarden Euro nötig. Das weiß man im Verteidigungsministerium schon lange, dennoch gibt man nun wieder bereitwillig im Rahmen der „Militärhilfe“ für die Ukraine Material und Munition aus Bundeswehrbeständen ab und verschärft dadurch die Probleme für die Truppe weiter.

Wie konnte es aber überhaupt zu dieser eklatanten Misere kommen? Seit dem Ende des kalten Krieges waren Kriegsszenarien mit solch massivem Munitionsverbrauch wie z.Z. in der Ukraine bei westlichen Armeen nicht mehr vorstellbar. Der Westen und damit auch Deutschland stützte seine Militärstrate-

gie maßgeblich auf Präzisionswaffen ab, die aber auch nicht in erforderlicher Stückzahl bestellt wurden. Wegen der allgemein fehlenden Nachfrage haben die Munitionshersteller weltweit ihre Produktionskapazitäten zurückgefahren.

Alle Fehler der Vergangenheit lassen sich aber nicht auf Knopfdruck beheben. Heute versuchen alle Staaten mit massiven Aufträgen ihre Munitionsvorräte wieder aufzufüllen. Dies gelingt aber nicht so schnell, da weltweit die Produktionskapazitäten und auch die erforderlichen Rohstoffe fehlen. Zusätzlich ist die Bundesregierung aufgrund des behäbigen Beschaffungssystems wieder einmal zu spät dran, denn viele andere Staaten haben schon geordert, auch bei deutschen Herstellern. Dort kann sich die Bundeswehr nun hintenanstellen!

Weil es um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und um die Sicherheit unserer Bürger geht, verlange ich von der Bundesregierung die für die Ukraine gezeigte Handlungsfähigkeit endlich auch bei der Waffen- und Munitionsbeschaffung für die eigene Truppe zu zeigen.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Regierung bringt Tierschutz in ernsthafte Gefahr

„Tieren in Deutschland soll es gut gehen. Wir wollen Tieren ein würdevolles, gutes und gesundes Leben ermöglichen, frei von Schmerzen, Angst und Stress.“ - So heißt es auf der Internetseite der Grünen. Und trotz dessen entwickelt sich der Tierschutz unter der Ampelregierung in eine katastrophale Richtung, denn die Regierungsrealität sieht anders aus. Im Februar forderten wir per Antrag im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft das ausnahmslose Verbot des betäubungslosen Schächten. Denn Schächten ist mit dem Tierschutz nicht vereinbar und hat in Deutschland keinen Platz. Viele andere europäische Staaten wie z.B. Dänemark, Norwegen und Schweiz, haben das Schächten bereits verboten. Doch unser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Antisemitismus wurde uns vorgeworfen.

Auch das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten ist in erheblichem Maße toxisch für den Tierschutz. Verbindliche Vorschriften zu Haltung, medizinischer Versorgung, Transport und Schlachtung der Tiere fehlen oder sind weit unter deutschen Standards. Wir können nicht einerseits die eigenen Landwirte mit einer wahren Bürokratie- und Verbotsflut überziehen und andererseits die Handelsschranken für unter

anderem Billig-Fleisch aus Südamerika aufheben. Nur faire Preise geben Landwirten die Chance, mehr ins Tierwohl zu investieren.

Die AfD sagt nein zum geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, solange es auf dem Rücken der heimischen Bauernfamilien ausgetragen werden soll. (Drucksache 20/5361) <https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005361.pdf>. Auch Verbrauchern ist bewusst, dass der Tierschutz in anderen Ländern meist nicht an deutsche Standards heranreicht. Und repräsentative Umfragen zeigen deutlich, dass der Ursprung von Lebensmitteln für die meisten Verbraucher noch vor dem Preis das entscheidende Auswahlkriterium im Supermarkt ist. Aber hier ist bei verarbeiteten Lebensmitteln die Herkunft der Grundzutaten für die Verbraucher oft nicht erkennbar.

Ebenso problematisch ist die Verwendung von Insektenmehl in unseren Lebensmitteln.

Der Verbraucher muss wissen was in seinem Essen ist. Die nicht transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln ist ein Problem, dass die Bundesregierung längst hätte angehen sollen. Die AfD-Fraktion fordert darum eine detaillierte Kennzeichnungspflicht, die für jeden erkennbar und verständlich ist.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

@ stephan.protschka@bundestag.de

f / [stephan.protschka](https://www.facebook.com/stephan.protschka)

www www.stephan-protschka.de

Lügen-Politik, Lügen-Lebenslauf, Lügen-Minister: Lauterbach fachlich und charakterlich untragbar!

Es ist nicht zu fassen: Plötzlich bedauert Impffanatiker Lauterbach schwere Impfn Nebenwirkungen und schafft es nicht, von der WELT erhobene Fälschungsvorwürfe in seinem Lebenslauf zu entkräften! Im Amt bleibt Lauterbach – vorerst - trotzdem.

Lauterbach gehörte zu den größten Befürwortern einer allgemeinen Corona-Impfpflicht. Weil Zwang nicht erlaubt war, setzte er auf Druck. Ungeimpfte wurden per 2G-Regel aus weiten Teilen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen. Sogar Kinder, die so gut wie nie schwer an Corona erkrankten, wollte Lauterbach impfen lassen.

Ständig bezeichnete er die mRNA-Impfung als sicher und kanzelte Kritiker als Verschwörungstheoretiker ab. Lauterbach im Februar 2022: „Die Impfungen sind halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei.“ Über Nebenwirkungen bei Kindern twitterte Lauterbach gleich mehrfach: „Alle milde, ohne Nebenwirkungen“. Noch vor wenigen Monaten wollte der SPD-Politiker Menschen zur Impfung zwingen. Schlimmer noch: Bei der Bundeswehr gilt die Impfpflicht bis heute. Erst diesen Monat wurde ein ungeimpfter Soldat zu einer Geldstrafe verurteilt.

Jetzt heuchelt Lauterbach Mitleid für Menschen, die nach der Corona-Impfung schwer erkrankten: „Diese Schick-

sale sind absolut bestürzend und jedes einzelne Schicksal ist eins zu viel. Die Menschen tun mir sehr leid. Es sind schwerste Einschränkungen und davon wird auch einiges permanent bleiben.“ (ZDF-Interview, 12.3.2023)

Unlängst aufgekommene Fälschungsvorwürfe hinsichtlich seines Lebenslaufes kann der „Professor“ seit Wochen nicht entkräften. Dass der Lügen-Minister weiter im Amt bleibt und auch von Kanzler Scholz nicht entlassen wird, zeigt: Die Ampel tritt unsere Demokratie mit Füßen.

Unsere Fraktion hat Lauterbachs fatale Corona-Politik über Jahre öffentlich vorgeführt. Jetzt zeigt sich: Die AfD hatte in vielen Punkten Recht, unser Widerstand war richtig. Wir fordern daher erneut: Lauterbach muss aus dem Ministeramt entfernt werden. Der Lügenminister ist längst fachlich und charakterlich untragbar geworden!

Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

Krisen-Bahn: Grüne Illusionen stoßen an ihre Grenzen!

Mit der Bahn funktioniert derzeit vieles nicht wie es soll. Ohne die Bahn droht aber auch der Verkehrskollaps, wie man immer wieder bei Streiks erlebt. Für die Ampel-Regierung und vor allem die Grünen gilt die Bahn als eine Art Allheilmittel in der Verkehrspolitik – und inzwischen muss jeder sehen, dass sie dieser Rolle nicht gerecht werden kann!

Die Ampel-Regierung will laut Koalitionsvertrag bis 2030 den Anteil der Bahn am Güterverkehr von ca. 18 Prozent auf 25 Prozent steigern und die Verkehrsleistung im Personenverkehr sogar glatt verdoppeln. Das ist eine Illusion! Die Bahn ist ziemlich heruntergewirtschaftet worden, und zwar unter vielen Regierungen. Die jetzige Regierung verlangt ihr noch mehr ab als früher, zum Beispiel mit Fast-Freifahrt-Monaten per 9-Euro-Ticket. Spätestens jetzt merken alle an der großen Unpünktlichkeit, dass es so nicht weitergeht.

Eine grundlegende Fehleinschätzung beging schon die Regierung Kohl. Mit der Bahnreform 1994 entstand die Deutsche Bahn AG, die man an die Börse bringen wollte. Daraus wurde ja nichts, aber die Strukturen sind geblieben. Um die Geschäftszahlen zu schönen, wurden Weichen und Ausweichgleise sogar ausgebaut – heute fehlen sie bitter. Bevor eine Regierung große

Bahn-Pläne schmieden kann, muss nun erstmal saniert werden. Bis man einen landesweit vertakteten Personenverkehr wie in der Schweiz hinbekommt, wird es Jahrzehnte dauern: die Regierung spricht jetzt von 2070!

Grüne Ideologen können planen was sie wollen, aber die Bahn wird nie so flexibel sein wie der Straßenverkehr. Die Bahn hat ihre Stärken bei großen Verkehrsmengen (Personen wie auch Güter) und bei hohen Geschwindigkeiten, und dort muss sie eingesetzt werden. Beispielsweise müssten viel mehr Transsit-Lkw, die durch Deutschland nur hindurchfahren und Staus verursachen, auf Züge verladen werden.

Die AfD-Fraktion im Bundestag legt den Finger in die Wunde. Den Öko-Illusionen stellen wir den harten Blick auf die Realität entgegen, ganz egal, ob es gerade um Billigtickets zu Lasten des Steuerzahlers geht oder um großspurige grüne „Transformations“-Pläne auf Kosten der Autofahrer. Als Berichterstatter für Fragen der Eisenbahn vertrete ich unsere Position im Bundestag an vorderster Front!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 wolfgang.wiehle@bundestag.de

 [/w.wiehle](https://www.facebook.com/w.wiehle)

 www.wolfgang-wiehle.de

Corinna Miazgas Tod reißt eine große Lücke – ich werde versuchen ihre Arbeit fortzuführen

„Uns, die wir nicht auf das Sichtbare schauen, sondern auf das Unsichtbare. Denn was sichtbar ist, das ist vergänglich; aber was unsichtbar ist, das ist ewig.“ (2. Korinther 4:18)

Im Sinne dieses Mut zusprechenden Bibelverses will ich nicht einfach zur „Tagesordnung“ übergehen, sondern kurz innehalten und versuchen herauszuarbeiten, was uns Corinnas viel zu früher Tod mit auf den Weg geben will. Unser körperliches Leben hier, also das „Sichtbare“, ist endlich. Und keiner von uns weiß, wieviel Zeit ihm noch bleibt. Fühlen wir es daher mit „unsichtbaren“ Werten, weil sie das einzige sind, das wir einst mit hinübernehmen können und uns somit „ewig“ bleibt.

Ich bin dankbar, dass ich mich gerade in diesen schwierigen Zeiten neben meinem Amt als 1. stellvertretender Landesvorsitzender der AfD Bayern nun verstärkt einbringen darf, um den Frieden und die Zukunft Europas zu wahren. Ich will dies zunächst im EU-Ausschuss tun, um die Lücke zu füllen, die Corinnas Tod gerissen hat. Meine sonstigen Kompetenz- und Arbeitsschwerpunkte der letzten Jahre und Jahrzehnte werde ich als Nachrücker wohl erst nach und nach in Form von Ausschuss-Mitgliedschaften abbilden können. Als früherer Professor für Politische Geographie und Entwicklungsländerfor-

schung habe ich mich unter anderem auf Fragen der Geopolitik, auf internationale Konflikte und insbesondere interreligiöse Konflikte konzentriert. „Christenverfolgung im Islam“ war eines meiner zentralen Forschungsgebiete, in denen mir zahlreiche Doktoranden an der Universität Tübingen zuarbeiteten.

Als Selbständiger entwickelte und leitete ich zahlreiche Projekte für Hilfsorganisationen für verfolgte Christen und fokussierte meine Arbeit zudem auf geopolitische Analysen. Für unsere AfD-Fraktion „Identität und Demokratie“ im EU-Parlament erarbeitete ich eine Studie mit einer fachlich fundierten und strategisch ausdifferenzierten „Remigrationsagenda“. Die Studien „Wege aus der Migrationskrise“ und „Europa am Kipppunkt“, wo ich der Frage nach einer geopolitischen Umorientierung in Zeiten des Abstiegskampfes des „großen Bruders“ USA und des nur in diesem Kontext zu verstehenden aktuellen Krieges in Europa nachgehe: Der Ukraine-Krieg ist in Wahrheit ein Stellvertreter-Weltkrieg mit über 30 Waffen liefernden Staaten.

Beide Studien sind online verfügbar unter www.joachimkuhs.de/buecher

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

 rainer.rothfuss@bundestag.de

 /Dr.Rainer.Rothfuss

 www.rainer-rothfuss.de

 t.me/rainerrothfuss

 /@DrRainerRothfu

 /DrRothfuss

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**